G 002
Lfd.-Nr. 1018

DGB-Bundesjugendausschuss

Frieden und Gerechtigkeit

Beschluss des DGB-Bundeskongresses:
Annahme als Material an den DGB-Bundesvorstand

Finanzspekulationen beenden:

Der DGB-Bundesvorstand setzt sich für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ein, um die Vorreiterrolle Deutschlands zu unterstreichen, soll Deutschland vorher eine Börsenumsatzsteuer einführen. Neben der politischen Arbeit findet dies insbesondere durch Aktionen, Seminare und Aufklärung statt.

Der DGB-Bundesvorstand erarbeitet des Weiteren ein Konzept zur Ausgestaltung und Wiedereinführung einer Vermögenssteuer in Deutschland. In dem Konzept muss enthalten sein, dass die Steuer für alle in Deutschland lebenden und alle deutschen Staatsbürger, die im Ausland leben, gilt.

Gute Lebensmittel für alle:

Der DGB-Bundesvorstand soll sich dafür einsetzen, dass die Mitgliedsgewerkschaften entschlossen hinter der Forderung stehen, Lebensmittel- und Agrarrohstoffspekulationen endlich zu unterbinden.

Die Verwendung von Ackerflächen als Grundlage für die Rohstofflieferung zur Kraftstoffgewinnung lehnen wir entschieden ab.

Des Weiteren setzt sich der DGB-Bundesvorstand für mehr Aufklärungsarbeit über die Herkunft unserer Lebensmittel und über die Arbeitsbedingungen der globalisierten Lebensmittelkonzerne und deren Zulieferern ein.

Wasser ist ein Menschenrecht:

Für jeden Menschen auf der Welt sollte ein freier Zugang zu sauberem Trinkwasser und zu Abwassersystemen bestehen. Wassersysteme dürfen nicht privatisiert werden. Deshalb fordert der DGB: Wasser ist ein Menschenrecht!

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg:

Der DGB setzt sich für ein Verbot aller rechten Parteien und Vereinigungen ein. Die Bundesregierung muss dazu aufgefordert werden, die finanziellen Mittel für Projekte gegen den

Rechtsextremismus wieder zu bewilligen und die sogenannte Extremismusklausel aufzugeben.

Auch jegliche Beteiligung an kriegerischen Auseinandersetzungen, ob direkt oder indirekt wird vom DGB entschieden abgelehnt.

Soziale Gerechtigkeit jetzt:

Abschaffung Ehegattensplitting

Der DGB-Bundesvorstand setzt sich für eine Abschaffung der steuerlichen Privilegierung der Ehe – das sogenannte Ehegattensplitting – ein. Stattdessen soll die steuerliche Begünstigung von Familien gefördert werden. Als Familie im Sinne des Antrags gelten sowohl homosexuelle als auch heterosexuelle Partnerschaften mit Kindern sowie alleinerziehende Eltern.

Wohnraum als Menschenrecht

Um eine soziale Gerechtigkeit herzustellen, ist es auch notwendig, dass jeder Mensch in Deutschland einen Platz zum Leben hat. Daher setzt sich der DGB-Bundesvorstand dafür ein, dass Wohnraum ein Grundrecht wird. Als einen ersten Schritt fordern wir die Einführung einer Mietobergrenze.